EUROPE OUR JOB!

Inhalt

- Strengere Abgasregulierung nicht zu Lasten von Beschäftigten
- "Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa"
- Gewerkschaften warnen vor europäischer "Einpersonengesellschaft"
- TTIP I: Freihandel nicht ohne Arbeitnehmerrechte
- TTIP II: Neue Verhandlungsrunde - Gewerkschaften und NGO's bleiben kritisch
- Soforthilfe gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- EU-Kommission beginnt Arbeit an Energieunion

Strengere Abgasregulierung nicht zu Lasten von Beschäftigten

Die IG Metall veranstaltete am 27. Januar eine Konferenz in Brüssel über die "Anforderungen an eine CO2-Regulierung in der Automobilindustrie" und sprach mit zentralen Vertretern der Branche sowie politischen Entscheidungsträgern.

Ab 2020 gilt EU-weit der strenge Grenzwert von 95 Gramm/km für den durchschnittlichen CO2-Ausstoß eines Autos. Die EU-Kommission plant nun, einen neuen Zielgrenzwert für die Zeit danach zu formulieren. "Keinesfalls dürfen neue Abgasnormen 'am grünen Tisch' beschlossen werden, die den zu erreichenden Grenzwert schnell und unrealistisch festschreiben", mahnte Detlef Wetzel, 1. Vorsitzender der IG Metall. "Es hat in der Vergangenheit keine wirkliche Debatte über CO2-Grenzwerte stattgefunden, das wollen wir nun ändern."
Auf der hochkarätig besetzten und sehr gut besuchten Veranstaltung sprachen neben Detlef Wetzel, Jörg Hofmann und Wolfgang Lemb der EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete und der Staatsekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Matthias Machnig. Für die Automobilindustrie brachten sich in die Paneldebatte die Gesamtbetriebsrats-vorsitzenden Alfred Löckle (Bosch), Micheal Brecht (Daimler), Peter Mosch (Audi) sowie die stellv. Gesamtbetriebsratsvorsitzende Katharina von Hebel (Ford) ein. Außerdem sprachen Eric Jonnaert (ACEA, der europäische Dachverband der Automobilverbände) und Hans Bruynickx (Europäische Umweltagentur) mit Vertretern aus dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission.
"Die IG Metall erwartet von der Kommission, dass Grenzwerte nach 2020 mit Augenmaß festgelegt und durch eine Folgenabschätzung abgesichert werden. Diese Folgen-

abschätzung sollte vor allem die Auswirkungen einer Regulierung auf die Arbeitsplätze in Europa beinhalten", forderte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann.
EU-Kommissar Cañete versprach eine frühzeitige Einbeziehung von Arbeitnehmer-vertretern in die Entscheidungen über einen neuen Grenzwert. Im Frühsommer wird eine Konferenz stattfinden, bei der die Stakeholder zu Wort kommen sollen.
Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, begrüßte die persönliche Einladung Cañetes an die IG Metall. "Allerdings vermisse ich ein industriepolitisches Leitbild der EU-Kommission für die Zukunft, das Beschäftigung in Europa sichern und aufbauen hilft", sagte Lemb. "Wir als IG Metall wollen eine nachhaltige und damit zukunftsfähige industrielle Entwicklung voranbringen."

• Zur digitalen Pressemappe der IG Metall

"Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa"

Die IG Metall hat im Nachgang der Parlamentswahlen in Griechenland zu einem fairen Umgang mit der neuen Regierung aufgerufen. Der Wahlsieg der linken Syriza-Partei des neuen Premierministers Tsipras sei keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa.

Der bisherige "Reformkurs" der EU für Griechenland hat sich nicht bewährt, heißt es im IG Metall-Positionspapier "Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa". Im Gegenteil: "Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet", heißt es in dem Positionspapier.
Das Wahlergebnis hat gezeigt: Die überwältigende Mehrheit der Griechen fordert ein Ende des Sparkurses. Strukturreformen müssen heißen: Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, Ernst machen mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht sowie Bekämpfung der Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die Wahl in Griechenland sei keine Gefahr, sondern eine Chance. Nicht allein für Griechenland. Auch für Europa. Die Zeit sei reif, die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren. Zu den Erstunterzeichnern der Initiative "Europa neu begründen" gehören neben den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der IG Metall die Vorsitzenden der Mitglied-gewerkschaften des DGB, der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, deutsche Politiker, Europaabgeordnete, GBR, sowie namhafte Wissenschaftler.

• Positionspapier
• Weitere Infos

Gewerkschaften warnen vor europäischer "Einpersonengesellschaft"

Verhandlungen über die sogenannte Einpersonengesellschaft (SUP) kommen nun in eine entscheidende Phase. Gewerkschaften kritisieren den vorliegenden Vorschlag der EU-Kommission scharf.

Die EU-Kommission hatte im April 2014 einen Vorschlag für eine neue EU-Richtlinie zur "Einpersonengesellschaft" vorgelegt. Ziel ist es, die Gründung von Gesellschaften im Ausland zu erleichtern. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen davon profitieren. Die IG Metall lehnt den Vorschlag ab. Dieser sieht keinerlei Mitbestimmung vor. Bestehende nationale Mitbestimmungsregeln könnten umgangen werden, denn es soll möglich sein, den Firmensitz und den Ort des operativen Geschäfts zu trennen. Dann könnte ein in Deutschland handelndes Unternehmen seinen Sitz in einem anderen EU-Staat wählen, in dem es keine gesetzliche Regelung zur Mitbestimmung gibt. Die vorgesehene Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen bei einem Mindestkapital von lediglich einem Euro sowie das kontrollfreie Online-Gründungs-verfahren erhöhen zusätzlich das Missbrauchsrisiko.
Sowohl das Europaparlament als auch die EU-Mitgliedstaaten bereiten zur Zeit ihre Positionen vor. Die Verhandlungen über den Kommissionsvorschlag kommen damit in eine entscheidende Phase. Europäische Gewerkschaften machen nun mobil: Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Erich Foglar, sowie die Vorsitzenden weiterer wichtiger Gewerkschaftsbünde aus ganz Europa warnen in einem gemeinsamen Schreiben an die EU-Kommission vor der Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten, vor zunehmender Scheinselbständigkeit und vor Lohn- und Sozialdumping. Sie fordern die Kommission auf, ihren bisherigen Richtlinien zurückzuziehen.

• Schreiben der Gewerkschaften gegen SUP

TTIP I: Freihandel nicht ohne Arbeitnehmerrechte

Arbeitnehmerrechte dürfen in den Verhandlungen um TTIP nicht unter den Tisch fallen. Dies fordern in einer gemeinsamen Presseerklärung die IG Metall und die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der deutschen Automobilindustrie.

Die seit Mitte 2013 verhandelte "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" (TTIP) zwischen der EU und den USA würde den größten Wirtschaftsraum der Welt schaffen. Dazu sollen technische Standards diesseits und jenseits des Atlantiks vereinheitlichen und Zölle sowie weitere Handelsbarrieren abgebaut werden. Die IG Metall und die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Automobilindustrie unterstützen diese Zielsetzung generell. "Wir werden aber keine Aufweichung der Standards beim Umwelt- und Verbraucherschutz sowie keine Aushöhlung von Arbeitnehmer- oder Mit-bestimmungsrechten akzeptieren", heißt es in ihrer gemeinsamen Presseerklärung vom 27. Januar 2015. Damit reagieren sie auf ein Statement der Führungsspitzen von Daimler, BMW, Audi, Porsche, Ford und Bosch, TTIP aus wirtschaftlichen Gründen schnell zum Abschluss zu bringen. "Arbeitnehmerrechte müssen gleichrangig mit ökonomischen

Interessen betrachtet werden. Eine rein wirtschaftliche Sicht, wie sie die Vorstands-vorsitzenden der Automobilindustrie anstreben, ist zu einseitig", sagen Detlef Wetzel, 1. Vorsitzender der IG Metall sowie die Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Automobil-industrie.
Sie stellen klar: "Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen an Unternehmensentscheidungen ist ein Wettbewerbsvorteil." Daher fordern sie die Vorstandsvorsitzenden der deutschen Automobilindustrie und die europäische Politik auf, sich auch dafür einzusetzen, dass in Europa selbstverständliche Arbeitnehmerrechte durch TTIP auch in den USA zur Regel werden.

• Pressemitteilung der IG Metall

TTIP II: Neue Verhandlungsrunde - Gewerkschaften und NGO's bleiben kritisch

Vom 2. bis 6. Februar 2015 fand in Brüssel die achte Verhandlungsrunde zum Freihandelsabkommen TTIP statt. Das strittige Schiedsgerichtsverfahren wurde nicht diskutiert.

Zum ersten Mal seit der Amtsübernahme der neuen EU-Kommission gab es eine neue Verhandlungsrunde zu TTIP. Auf der Agenda stand die regulatorische Zusammenarbeit. Fragen des Investorenschutzes und der Schiedsgerichtsverfahren wurden aus-geklammert. Die EU-Kommission und das Team des US-Handelsbeauftragten diskutierten vielmehr Handelshemmnisse bestimmter aktuell geltender Standards der EU und der USA, u.a. bei Energie und Rohstoffen sowie im Öffentlichen Beschaffungswesen. Außerdem ging es um Regeln zur Nachhaltigkeit, zum Abbau von Zöllen, Wettbewerb und Erleichterungen für kleinere und mittlere Unternehmen. Die EU-Kommission hat ihre Positionen im Nachgang zur Konferenz als "Vorschlag für die Regulatorische Zusammen-arbeit" veröffentlicht.
Gewerkschaften und NGO's sahen sich in ihrer Kritik durch ein zuvor geleaktes Positionspapier der Kommission bestätigt: Beim Abbau von Handelshemmnissen stehen in erster Linie Umwelt-, Sicherheits,- und Verbraucherstandards im Visier der Verhandlungspartner. Vertreter der EU-Kommission betonten zwar, dass europäische Standards nicht gesenkt werden sollen. Gewerkschaften und NGO`s riefen unterdessen zu Demonstrationen und Protestaktionen während der Verhandlungsrunde auf.
Bis zur Sommerpause plant die Kommission zwei weitere Verhandlungsrunden zu TTIP. Das nächste Treffen soll voraussichtlich im April 2015 in den USA stattfinden.
Die IG Metall bleibt nach wie vor bei ihren drei Kernforderungen: TTIP muss Arbeitnehmer,- Verbraucherschutz,- Sozial- und Umweltstandards wahren, es darf keine Investitionsschutzabkommen geben und alle ILO-Kernarbeitsnormen müssen von US-Seite unterzeichnet werden.

• Auszug der Pressekonferenz am 6. Februar 2015
• Entwurf des EU-Kommissionsvorschlages zur Regulatorischen Zusammenarbeit
• Weitere Dokumente der EU-Kommission zu TTIP

Soforthilfe gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Die EU-Kommission will in diesem Jahr mehr Geld als geplant im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zur Verfügung stellen.

In vielen europäischen Ländern ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit immer noch dramatisch. Im Dezember 2014 waren durchschnittlich 21,4 Prozent der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt ohne Job. Am schlimmsten ist die Situation in Spanien: Über 50 Prozent der Jugendlichen dort haben derzeit keine Arbeit.
Vor diesem Hintergrund hatten die EU-Staaten die sogenannte Jugendgarantie eingeführt. Jungen Menschen unter 25 Jahren muss innerhalb von vier Monaten eine Arbeit, ein Praktikum oder eine Ausbildung garantiert werden. Ursprünglich sollte 2015 zunächst ein Prozent der für die Jugendgarantie eingeplanten Gelder an die EU-Mitgliedstaaten gehen. Nun will die Kommission für das laufende Jahr bereits 30 Prozent der Mittel zur Verfügung stellen. Ihren eigenen Angaben zufolge kann durch diese Maßnahme bis zu 650.000 Jugendlichen geholfen werden. Die Gelder sollen EU-Staaten zugute kommen, die die notwendigen Initiativen nicht selbst finanzieren können. "Es geht um eine Starthilfe, damit die konkreten Projekte vor Ort auch anlaufen können", sagte EU-Beschäftigungs-kommissarin Marianne Thyssen. Der Vorstoß der Kommission braucht noch die Zu-stimmung des Europaparlaments und der 28 EU-Staaten.

- Europäische Beschäftigungsstrategie/ Jugendgarantie der EU-Kommission
- Pressemitteilung der EU-Kommission

EU-Kommission beginnt Arbeit an Energieunion

Konferenz in Riga: Bürgerinnen und Bürger sollen im Fokus der sogenannten Europäischen Energieunion stehen.

Die Energieunion gehört zu den höchsten politischen Prioritäten der neuen EU-Kommission. Sie bedeutet laut EU-Kommission einen Wandel in der Energieerzeugung und -versorgung, im Energietransport und Energieverbrauch. "Unsere gegenwärtige Energiepolitik ist nicht nachhaltig und muss in jeder Hinsicht neu gestaltet werden", so der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič. "Dabei sollten die Bürger im Mittelpunkt unserer Energiepolitik stehen."
Zusammen mit der derzeitigen lettischen Ratspräsidentschaft veranstaltete die Kommission am 6. Februar 2015 eine Konferenz in Riga. Die Energieminister der EU diskutierten zusammen mit Vertretern der EU-Institutionen und internationalen Organisationen, Akademikern und anderen energiepolitischen Entscheidungsträgern über die neue Initiative der Kommission. In seiner Rede nannte Šefčovič die zentralen Ziele einer Europäischen Energieunion: Versorgungssicherheit für die Konsumenten, Schaffung eines EU-Energiebinnenmarktes, Energie-Effizienz, Verringerung des Kohlenstoffdioxids, Förderung erneuerbarer Energien und der Energieforschung.
Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, stellte klar, dass ein Wandel der europäischen Energiestrukturen auch eine Neuausrichtung der entsprechenden Wirtschaftssektoren mit sich bringen wird. Und dies habe wiederum Konsequenzen für die Beschäftigten. Daher betonte Ségol: "Der Transformationsprozess hin zu einer Energieunion muss Initiativen zur Stärkung des Sozialen Dialogs und zum

Schutz der Beschäftigten beinhalten."
Am 25. Februar 2015 will die EU-Kommission ihre Rahmenstrategie für die Europäische Energieunion veröffentlichen. In zwei Mitteilungen will sie zudem den geplanten Beitrag der EU für die UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris darlegen und über die Fortschritte der EU auf dem Weg zu einem Stromverbundziel von 10 Prozent berichten.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de

Newsletter bestellen Newsletter abbestellen

IG Metall Vorstand